

Jahresbericht 2014

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein spannendes und weichenstellendes Jahr 2015 liegt vor uns, in dem wir alle Kräfte für die Oberbürgermeisterwahl noch einmal mobilisieren müssen.

Mit dem nachfolgenden Tätigkeitsbericht zum Jahr 2014 will ich euch einen Einblick in meine Arbeit im letzten Jahr geben. Dabei lege ich bewusst den Fokus auf Bonn. Gespräche, Initiativen, die ich in meiner Funktion als Bildungspolitische Sprecherin und als Eine-Welt-Beauftragte der Fraktion wahrnehme, sind hier bewusst nicht mit aufgeführt. Für Nachfragen stehen mein Team und ich Euch wie immer gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen

Renate Hendricks

Schule und Bildung

Frühe Bildung

Im Rahmen der Änderung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) standen vor allem Bildungsgerechtigkeit und Qualität im Fokus. Um den Ansprüchen an frühkindliche Bildung zu begegnen stellt das Land zusätzlich insgesamt 100 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Davon kamen Bonn 1.460.000 Euro im Jahr 2014 zu Gute.

Rund 900.000 Euro pro Kindergartenjahr stellte das Land dem Bonner Jugendamt für die Unterstützung von Einrichtungen in benachteiligten Sozialräumen bereit.

Ein weiterer Schwerpunkt im neuen Gesetz ist die Sprachförderung. Nachdem wir aus zahlreichen Studien wissen, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien oder mit Zuwanderungsgeschichte viel Hilfe bei der sprachlichen Entwicklung benötigen, soll zukünftig Ungleiches auch ungleich behandelt werden. Das bedeutet: Künftig werden mindestens 5.000 Euro mehr an Einrichtungen in sozial schwierigem Umfeld gezahlt, um die kindliche Sprachbildung und -förderung zusätzlich zu unterstützen. Für die Sprachförderung erhält die Stadt Bonn jährlich 560.000 Euro.

Ganztag/OGS

Der Bedarf an schulischen Ganztagsplätzen in NRW steigt kontinuierlich. Dies hat der Bildungsbericht NRW noch einmal verdeutlicht. Eltern benötigen an allen weiterführenden Schulen Ganztagsangebote. Bei allen Gesamtschulen finden sie in Bonn dieses Angebot. Bei den Realschulen und Gymnasien gibt es sicherlich noch einen größeren Bedarf.

Neue Regelungen OGS: 2010 haben wir die Budgets für die OGS angehoben von 615 auf 700€. Mit der Vorlage des Haushaltes 2015 war eine erneute Anhebung zwingend geboten. So werden die Budgets zum 1.2.2015 um 1,5% angehoben und zu Beginn des neuen Schuljahres noch einmal um 1,5%. Zusätzlich ist vereinbart worden, dass es eine Dynamisierung von 1,5% pro Jahr für die OGSen geben wird. Wir wissen, dass wir dauerhaft weitere Mittel in die OGS werden geben müssen, wenn wir die Qualität erhalten und verbessern wollen. Es ist beabsichtigt, im Herbst

einen OGS-Gipfel durchzuführen, bei dem wir klären wollen, welche Möglichkeiten der Verbesserung dringend erforderlich sind. Dabei müssen aber auch die Kommunen und die Eltern sich an der Weiterentwicklung finanziell beteiligen. Zusätzlich hat das Land noch einmal 17.500 OGS Plätze bis zum Ende der Legislaturperiode zur Verfügung gestellt. Damit kommen wir in NRW auf rund 280.000 OGS Plätze.

Schulische Inklusion

Nach zwanzig Gesprächsrunden konnten sich das Land und die Kommunalen Spitzenverbände auf ein Finanzierungsmodell zur schulischen Inklusion einigen. Das Land stellt den nordrhein-westfälischen Kommunen für die nächsten fünf Jahre insgesamt 175 Millionen Euro zur Verfügung. Bonn erhält hieraus 430.378,89 Euro für bauliche Investitionen und weitere 163.276,79 Euro für Personalkosten. Aus den Mitteln sollen vor allem Integrationshelfer finanziert werden.

Seit dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz haben die Eltern die Möglichkeit, einen Platz für ihre Kinder in einer allgemeinen Schule zu erhalten. Begonnen wurde im Schuljahr 2014/15 mit der Klasse 1 in der Grundschule und der Klasse 5 bei den weiterführenden Schulen. Jährlich kommt die nächstfolgende Klassenstufe hinzu. Die Inklusion verändert die Schulen erheblich, führt aber auch zu Entwicklungen, die wir aufmerksam beobachten müssen, um die Beteiligten nicht zu überfordern. Wir sind uns darüber im Klaren, dass das 9. Schulrechtsänderungsgesetz mit Sicherheit nachgesteuert werden muss. Ich bin weiterhin mit den Schulen und dem MSW im Gespräch.

G8/G9

Am 5. Mai 2014 tagte der 'Runde Tisch zu G8/G9' auf Einladung des Schulministeriums.

Geladen waren Vertreter und Vertreterinnen von Verbänden, Initiativen, aus Politik, Gewerkschaft und Wissenschaft. Ein breiter getragener Konsens konnte während dieser Sitzung leider nicht erarbeitet werden. Daher wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, in denen Einzelheiten beraten wurden. Nach intensiven Beratungen wurden einige Punkte herausgearbeitet:

- Der Runde Tisch stimmte mehrheitlich gegen die Rückkehr zur neunjährigen Gymnasialzeit.
- In den Stufen 5 bis 7 findet höchstens an einem Nachmittag pro Woche Unterricht statt.
- Für die Stufen 8 und 9 an höchstens zwei Tagen.
- Die Gesamtstundenzahl von 8 Stunden an einem Tag mit Nachmittagsunterricht soll nicht überschritten werden.
- Hausaufgaben sollen besser in Unterricht integriert werden.
- Kooperationen mit außerschulischen Partnern soll verbessert/erleichtert werden.
- An Ganztagsgymnasien sollen die Schüler/innen an ein bis zwei Nachmittagen keinen Pflichtunterricht haben.
- Mit der Schulaufsicht sollen regionale Qualitätszirkel gegründet werden, um einen Erfahrungsaustausch der Schulen zu ermöglichen.
- Nach einem Jahr sollen die am runden Tisch beteiligten Verbände zu einem Erfahrungsaustausch eingeladen werden.
- Auf QUA-Lis werden zu den diversen Punkten Best-Practice-Beispiele und Materialien veröffentlicht

Mit dem Thema muss sich die Partei im Rahmen von „bester Bildung“ noch einmal ausführlich beschäftigen. Insbesondere müssen wir prüfen, ob die Maßnahmen wirklich ausreichend sind und ob nicht eine gleichlange Sekundarstufe I für alle Schüler und Schülerinnen sinnvoll wäre.

Schulsozialarbeit

Die Landesregierung hat sich für eine Vorführung der Schulsozialarbeit eingesetzt. Leider waren hierzu bislang durch den Bund bereitgestellte Mittel nicht verlängert worden. Daher wird das Land für die kommenden Jahre jeweils rund 48 Millionen Euro aus den eigenen Mitteln zur Verfügung stellt. Das Land übernimmt in Bonn einen Anteil von 70 Prozent der anfallenden Kosten. Das entspricht insgesamt 763.839,65 Euro.

Von dem Programm profitieren vor allem bedürftige Kinder und Jugendliche. Die Schulsozialarbeit soll auch zukünftig dazu beitragen, soziale Benachteiligungen auszugleichen und gleiche Chancen auf Bildung und Teilhabe herzustellen. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter werden an Grundschulen, in den ersten Klassen der Haupt- und Förderschulen, beim Übergang in den Beruf, aber auch im Umfeld der Schulen eingesetzt.

Schokoticket

Laut Schulgesetz § 97 haben die Studierenden des Zweiten Bildungsweges kein Anrecht auf ein Schülerticket. Dies führt vielfach zu einer sehr problematischen Situation für die jungen Menschen, denn viele der Studierenden erhalten staatliche Unterstützung (Bafög, Hartz IV und/oder bestreiten ihren Lebensunterhalt durch geringfügige Arbeitstätigkeiten, so dass sie nicht oder kaum in der Lage sind, eine Monatskarte zu zahlen, um mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule zu fahren.) Die Folge ist, dass leider immer mehr Studierende beim „Schwarzfahren“ erwischt werden und damit in eine noch schwierigere Situation hineinrutschen oder den Bildungsgang abbrechen. Um gemeinsam eine Lösung für diese Problematik zu finden, hatte die Abendrealschule Bonn im Dezember die Vertreter/innen der Landes- sowie der Kommunalpolitik, die regionalen Verkehrsbetriebe und die Medien zu einem „runden Tisch“ eingeladen. Anwesend war unter anderem auch das Fernsehen (WDR Lokalzeit). Das Thema hat in der Region große Wellen geschlagen. Gemeinsam mit Felix von Grünberg setze ich mich derzeit dafür ein, dass der Koalitionsvertrag diesbezüglich umgesetzt wird und die Bonner und alle anderen Weiterbildungskollegs endlich auch ein verbilligtes Ticket erhalten.

Bekenntnisschulen in NRW

Gemeinsam mit den kirchlichen Vertretern konnte nach langen Verhandlungen eine Einigung gefunden werden. Im Dezember haben wir den Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, mit dem zukünftig die Umwandlung von Bekenntnisgrundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen erleichtert werden soll. Der UB hatte zu diesem Themenkomplex auch einen Antrag an den Landesparteitag gestellt. Zukünftig soll die einfache Mehrheit, also 50 Prozent plus eins, für eine Umwandlung ausreichen. Entscheidend bleibt auch weiterhin das Votum der Eltern. Außerdem sollen nach dem Gesetzentwurf auch die Kommunen im Rahmen ihrer Schulentwicklungsplanung ein Initiativrecht bekommen, um eine Befragung der Eltern von Konfessionsschulen zu veranlassen. Damit vollzieht die Schulentwicklung, wenn die Eltern dies wünschen, den Wandel innerhalb der Gesellschaft nach. Denn: Die Zahl der Kinder, die dem katholischen (36,8 Prozent) oder evangelischen Glauben (24,6 Prozent) angehören, sinkt. Immer mehr Kinder gehören keinem Bekenntnis an. In der Grundschule sind es aktuell 17 Prozent der Schüler/innen. Das ist die

drittgrößte Gruppe und liegt damit noch knapp vor den Kindern mit islamischem Glauben (16,2 Prozent).

Die Bekenntnisschulen öffnen sich zudem in der Lehrerfrage: Stellvertretende Schulleitungen und das Kollegium müssen, wenn es um die Sicherung der Unterrichtsversorgung geht, nicht mehr zwingend dem Bekenntnis der Schule angehören.

Bildungsurlaub für Auszubildende

Bildungsurlaub ist nun auch für Auszubildende gesetzlich geregelt. Mit dem gemeinsamen Antrag von SPD- und Grünen-Fraktion mit dem Titel „Auszubildenden den Zugang zur Arbeitnehmerweiterbildung ermöglichen“, der nun im „Drittes Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes“ verankert wurde, wird geregelt, dass Auszubildende während ihrer Ausbildung insgesamt fünf Tage Bildungsurlaub nehmen können.

Verkehr

Eines der drängenden Probleme in Bonn und der Region ist die Regelung und Planung des zunehmenden Verkehrs. Als wachsende Stadt kann sich Bonn zwar über eine zunehmende Mobilität freuen. Gleichzeitig gehen hiermit aber auch einige Gefahren einher: eine steigende Umweltbelastung durch Abgase, krank machender Lärm, Staus und vieles andere mehr beeinträchtigen die Lebensqualität einer Stadt. Es sind daher intelligente und langfristige Lösungen notwendig, die zu einer dauerhaften Entlastung der Verkehrssituation führen.

Auf der Straße betrifft dies die absehbaren Engpässe durch die Sanierungen der Brücken im Stadtgebiet (Nordbrücke, Viktoriabücke, Tausendfüßler) sowie die zahlreichen weiteren Baustellen. Auch im vergangenen Jahr habe ich mich bei Land und Stadt dafür eingesetzt, dass frühzeitig mit den Planungen begonnen und der Verkehr möglichst wenig belastet wird.

Venusberg

Insbesondere gegenüber der Stadt habe ich im vergangenen Jahr wiederholt eine nachhaltige Lösung für das Verkehrsproblem auf dem Venusberg angemahnt. So wünschenswert die Erweiterung des Universitätsklinikums ist, desto wenig dürfen die Bewohnerinnen und Bewohner des Venusbergs unter dem steigenden Verkehr leiden. Es freut mich besonders, dass Landesverkehrsminister Michael Groschek klargestellt hat, dass das Land prinzipiell eine Seilbahn zum Venusberg fördern kann. Diese Option stellt weiter eine Lösung dar und sollte deswegen mit echten Chancen auf Realisierung diskutiert werden.

Bahnübergang an der Ollenhauerstraße

Für den Verkehr im Bonner Süden wichtig ist auch die Bahnunterführung an der Ollenhauerstraße. Lange habe ich auf eine Konkretisierung der Planung gedrängt. Im vergangenen Jahr wurden mir nun die Pläne vorgestellt. Es ist dringend notwendig, dass zwischen Bonner Hauptbahnhof und Hochkreuz eine weitere Straßenunterführung hergestellt wird. Sowohl die Bürgerinnen und Bürger in Kessenich, Dottendorf und Friesdorf wie auch zahlreiche Beschäftigte im ehemaligen Regierungsviertel werden hiervon profitieren. Ich begleite den weiteren Prozess genau und hoffe, dass wie beabsichtigt, 2018 mit den Bauarbeiten begonnen wird. Auch weil hier Landesgelder zum Einsatz kommen müssten.

Ausbau S 13

Von herausragender Bedeutung ist der Ausbau der S 13, der im Dezember 2014 als verfrühtes Weihnachtsgeschenk unter anderem durch die Unterschrift des Landesverkehrsministers besiegelt wurde. Gemeinsam mit meinen Kollegen im Bundes- und Landtag habe ich seit Jahren dafür gekämpft, mit der S 13 nicht nur endlich eine verbesserte Anbindung Bonns an den Flughafen Köln/Bonn zu erreichen, sondern auch einen besseren Lärmschutz im rechtsrheinischen Bonn zu etablieren. Einziger Wermutstropfen: Mit dem Bau wird 2017 begonnen, er dauert zwölf Jahre. Ich werde mich daher weiter für eine zügige Realisierung des Ausbaus der Strecke einsetzen.

Godesberger Bahnhof

Voran geht es an der Bahn endlich auch in Bad Godesberg: Der absolut mangelhafte Zustand des dortigen Bahnhofs hat zu vielen Beschwerden von meiner Seite und der der Bürgerinnen und Bürger bei der Deutschen Bahn geführt. Endlich wird der Bahnhof nun barrierefrei und die Unterführung saniert. Kritikpunkt bleibt, dass auch im Zuge des Umbaus keine Toilette im Bahnhof installiert wird. Auch für den Duisdorfer und den Bonner Bahnhof habe ich mich im vergangenen Jahr weiter eingesetzt. Der Duisdorfer Bahnhof ist noch immer nicht in vollem Umfang barrierefrei. Insbesondere aber die ungelöste Situation am Bahnübergang bei den Weckwerken wird 2015 unseren Einsatz erfordern. Gerne kooperiere ich hier mit den Genossen vor Ort. Am Bonner Hauptbahnhof haben sich aus meiner Sicht die mobilen Fahrradständer bewährt, die vorerst für die Zeit der Brückensanierungen errichtet worden sind. Ich setze mich weiterhin dafür ein, dass der Übergang von Bahn- und Radverkehr am Hauptbahnhof besser gewährleistet wird.

S 23

Nach jahrelanger Planung und zwei Jahren Bauzeit wurde Mitte Dezember 2014 die neuen Haltepunkte Alfter-Impehoven und Bonn-Endenich Nord sowie das neu gebaute 2. Gleis von Alfter-Witterschlick nach Bonn-Duisdorf in Betrieb genommen werden. Die Voreifelbahn RB 23 ist künftig zwischen Bonn und Euskirchen als S 23 unterwegs. Allerdings stand der Start unter keinem guten Stern. So kam und kommt es nicht nur zu häufigen Ausfällen und Verspätungen aufgrund technischer Probleme, sondern es gibt auch erhebliche Sicherheitsrisiken für die Fahrgäste in den neuen Zügen (z.B. enge Gänge im Ein- und Ausstiegsbereich, keine Möglichkeiten für die Fahrgäste sich im fahrenden Zug festzuhalten, etc.). Leider hat die Bahn bis heute noch nicht auf meine diesbezügliche Anfrage reagiert.

Sanierungen und Bau

Das Land Nordrhein-Westfalen engagiert sich in Bonn weiterhin bei der Sanierung von Bauwerken und Denkmälern So ist der Bau- und Liegenschaftsbetrieb mit den Umbaumaßnahmen am Alten Zoll, die im Sommer 2016 beendet sein werden, befasst. Weiterhin hat sich das Land bei der Sanierung des Akademischen Kunstmuseums engagiert. Bedauerlich sind hingegen die langen Sanierungsarbeiten an der Universitätstiefgarage, die sich nicht mehr nur sachlich erklären lassen. Ein Lichtblick war sicherlich die Bewilligung von 21,3 Millionen Euro im Haushalt 2015 für einen Erweiterungsbau am Zoologisches Forschungsmuseum Alexander König. Nun muss die Umsetzung erfolgen. Weiterhin gab es Geld für Bauten an der Universität und für die Kooperation mit der UNU.

Flüchtlingsunterbringung

145 Millionen Euro stellen das Land Nordrhein-Westfalen und der Bund im kommenden Jahr für die NRW ankommenden Flüchtlinge zur Verfügung. 108 Millionen Euro davon gehen direkt an die Kommunen. Mit weiteren 37 Millionen Euro finanziert das Land unter anderem zusätzliche Erstaufnahmeeinrichtung, zusätzliche LehrerInnen an den Schulen und die Ausweitung der sozialen Betreuung in den Landeseinrichtungen. Neben einer dauerhaften Aufstockung der Flüchtlings-Aufnahmegesetzes (FlüAG) Mittel für zusätzliche Plätze in der Offenen Ganztagsbetreuung, wird weiteres Personal in den Kindertageseinrichtungen und einen Härtefallfonds für alle Gesundheitskosten über 70.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Bonn bekommt durch die Erhöhung der Flüchtlingspauschale des Landes zusätzlich rund 660.000 Euro. Zusammen mit den zusätzlichen Bundesmitteln sind das insgesamt etwa 1,55 Mio. Euro.

Islamismus / Salafismus

Das Problem radikalierter Islamisten und gewaltbereiter Salafisten in Bonn – insbesondere in den Stadtteilen Bad Godesberg und Tannenbusch – ist leider noch nicht vom Tisch. Ich nehme mich dieser Problematik bereits seit Jahren an und versuche auf den unterschiedlichsten Ebenen gegenzusteuern. So wurde der Staatsschutz der Bonner Polizei 2014 bereits ausgebaut und wird 2015 weiter verstärkt. Mit dem angekündigten Zuwachs liegt die Stärke der Abteilung Staatsschutz im Bonner Polizeipräsidium bei rund 30 Leuten. Über die Sockelstellen hinaus gibt es zusätzliche Kräfte, die zwar in der Abteilung Dienst tun, theoretisch aber auch abgezogen werden könnten. Vor allem aber kann der Staatsschutz situationsbedingt stets und unverzüglich aus der Kriminalpolizei aufgestockt werden, denn der Staatsschutz ist auf kommunaler Ebene für Delikte zuständig, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährden.

Wie wir wissen, sind es überwiegend junge Menschen aus bildungsfernen Schichten, die für solche Radikalisierungsprozesse sensibel sind. Deshalb ist Bildung eine wichtige Gegenmaßnahme. Ich habe zahlreiche Gespräche mit verschiedenen Schulleitern geführt – vor allem da, wo ein hoher Anteil an muslimischen Schülerinnen und Schülern besteht. Viele plädieren für einen geregelten Ganztagsbetrieb und einen flächendeckenden islamischen Religionsunterricht. Mir ist es gelungen, für die Godesberger Schulen zusätzlichen islamischen Religionsunterricht zu sichern. Für den Ganztagsbetrieb der Realschule Pennenfeld hat das Land bereits bei entsprechenden Anmeldezahlen positives Signal gegeben.

Veranstaltungen

- **10.02.2014** Alle Chancen für jedes Kind - Frühe Bildung wird gerechter (Fraktion vor Ort-Veranstaltung mit Ingrid Hack und Felix von Grünberg)
- **31.03.2014** Neosalafismus in Bonn: Auch Schulen sind betroffen! Welche Hilfe und Unterstützung brauchen sie? (mit dem Leiter des Verfassungsschutzes NRW Freier, Dr. Kiefer, dem Schulamt Bonn und Vertretern der Bonner Polizei)
- **08.04.2014** Gemeinsam leben in Bonn - Stadtteile entwickeln, Zusammenhalt stärken (Fraktion vor Ort-Veranstaltung mit Minister Groschek und Felix von Grünberg)
- **08.09.2014** Wie steht es mit der Sicherheit in Bad-Godesberg? (mit der Polizeipräsidentin Bröhl-Sowa und dem Leiter des Bonner Ordnungsamtes)

- **25.11.2014** Kinderbetreuung in Bonn – Zweite Revision des Kinderbildungsgesetzes in NRW
- **27.11.2014** Digitales Lernen - Zwischen Euphorie und Skepsis

Nicht durchgeführt werden konnte die Veranstaltung zum Immissionsschutzgesetz, weil der Dezernent der Stadt Bonn, Herr Fuchs, seine Teilnahme in der finalen Planungsphase abgesagt hatte.

Ausblick auf 2015

Geplant sind bisher:

- Museen machen Schule, Pressekonferenz (März)
- Islam und Christliche Religionen im Vergleich vor den großen Ferien (April)
- Eine Veranstaltung zu Inklusion im Gymnasium (Mai)
- Veranstaltung zum Immissionsschutzgesetz (zeitnah)